

ger Jahren ein groß angelegtes Programm zum Bau von Unterseebooten, die sowohl mit Dieselmotoren als auch mit Nuklearantrieb ausgestattet wurden, in Angriff genommen. Der heutige Umfang der chinesischen U-Boot-Flotte wird von westlichen und chinesischen Marineexperten auf bis zu 100 Schiffe geschätzt, wovon viele aber veraltet seien. Die U-Boote der Ming-Klasse, die seit den siebziger Jahren gebaut werden, sind die ersten aus eigener chinesischer Entwicklung und Produktion.

Nach Hongkonger Medienberichten eignete sich das Unglück bereits Mitte April. Als mögliche Ursache wird von chinesischen Fachleuten ein defekter Dieselmotor angegeben, der dem Boot Sauerstoff entzogen und zum sofortigen Erstickungstod der 70 Seeleute geführt haben könnte. Auch westliche Marineexperten halten diese Erklärung für plausibel.

Auch wenn keine genauen Details des Unglücks bekannt gegeben wurden, hat die Berichterstattung über den Vorfall Erstaunen hervorgerufen. Nach Angaben von Experten sei es das erste Mal, dass China einen fatalen U-Boot-Unfall bekannt gegeben hat. Zuvor habe es immer wieder Gerüchte über Unfälle chinesischer Unterseeboote gegeben, jedoch wurden diese nie von offizieller Seite bestätigt.

Einige Beobachter werten die Bekanntgabe der Katastrophe als Schritt zu mehr Transparenz und Offenheit der chinesischen Führung, so wie es die neue Regierung um Hu Jintao und Wen Jiabao im Kampf gegen SARS versprochen hat (vgl. C.a., 2003/4, Ü 10, S.449-460 und die Übersicht zum Krisenmanagement der Regierung in dieser Rubrik). Zudem muss davon ausgegangen werden, dass die Berichterstattung über den Unfall nicht ohne die Zustimmung von Jiang Zemin erfolgte. Dieser verfügt unter anderem durch das Amt des Vorsitzenden der ZMK auch nach dem offiziellen Führungswechsel weiterhin über eine exponierte Machtposition. Möglicherweise erfolgte die Bekanntgabe des Unglücks aber auch deshalb, weil sich die Tragödie ohnehin nicht mehr verheimlichen ließ. (Xinhua, 3., 5., 20.5.03, nach BBC PF, 4.5.03; FBIS, 6., 21.5.03; DGB, 3.3.03; XNA, 4., 5.5.03; *Wen Wei Po* (Hong-

kong), 3., 8.5.03, nach FBIS, 5., 9.5.03; ST, 4.5.03; MBY, 9.5.03, nach FBIS, 29.5.03) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

19 Forderung nach Gleichbehandlung privater und öffentlicher Schulen

In den letzten Jahren sind Privatschulen in China wie Pilze aus dem Boden geschossen; sie entwickeln sich vornehmlich in den wirtschaftlich prosperierenden Landesteilen. Im Dezember 2002 wurde ein Gesetz über Privatschulen verabschiedet, das am 1. September 2003 in Kraft tritt. Darin ist die rechtliche Gleichstellung privater und öffentlicher Schulen festgelegt. Allerdings lässt sie im Schulalltag nach wie vor auf sich warten; de facto werden die Privatschulen immer noch benachteiligt, wie jüngste Klagen aus der Stadt Shenzhen zeigen. Dort gibt es eine große Zahl von Privatschulen, und zwar auf allen Schulstufen von der Elementar- über die Berufs- bis zur Hochschulbildung. Ein Drittel aller Schulen wird in Shenzhen bereits von privater Seite betrieben. Einige Bildungsbehörden sehen die Privatschulen durchaus positiv, denn diese erweitern nicht nur die Bildungschancen für die Bevölkerung, sondern tragen auch dazu bei, die chronische Unterfinanzierung des Schulwesens zu mildern, das Schulwesen vielseitiger zu gestalten und den Wettbewerb zu fördern. Doch die Leiter der Shenzhener Privatschulen klagen über die Ungleichbehandlung vonseiten der Behörden. Sie hätten immer noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die die Entwicklung des Privatschulsektors ernsthaft behinderten.

Als Erstes nennen die Schulleiter das Lehrerproblem. Gute Lehrer sind Voraussetzung für gute Schulen. In Shenzhen jedoch sind die Lehrerkollegien an den Privatschulen äußerst instabil, es herrscht eine große Fluktuationsrate, und dies beeinträchtigt die Qualität der Schulen. Die Gründe dafür sind zweifacher Natur: zum einen ist es die Behandlung, zum anderen die Schwie-

rigkeit des Zuzugs. Was die Behandlung betrifft, so wurden in der Vergangenheit die Lehrer an einer ganzen Reihe guter Privatschulen besser bezahlt als Lehrer an öffentlichen Schulen. Seit die Gehälter der Lehrer an öffentlichen Schulen in den letzten Jahren immer mehr steigen, können die Privatschulen mit ihrer angespannten finanziellen Lage nicht mehr mithalten, sodass sich ihre Lehrer zunehmend schlechter stehen. Das Problem des Zuzugs für Fachleute aus anderen Landesteilen hängt sicherlich damit zusammen, dass Shenzhen als entwickelte Sonderwirtschaftszone ein begehrter Ort ist. Aber die Personalämter weigern sich vielfach, Zuzugsgenehmigungen zu erteilen. Während Privatbetriebe, die von außerhalb Personal anheuern wollen, anscheinend keine Schwierigkeiten haben, Zuzugsgenehmigungen zu erhalten, ist dies für Privatschulen praktisch unmöglich. Dabei würden die Privatschulen liebend gern Jungakademiker, die gerade ihren M.A. oder B.A. gemacht haben, aus dem Inland einstellen. Dies ist eine der Ungereimtheiten des chinesischen Personalwesens: Auf der einen Seite wird öffentlich über die Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen geklagt, auf der anderen Seite wird Hochschulabsolventen der Zuzug in eine Stadt wie Shenzhen, wo sie als Lehrer gebraucht würden, verweigert.

Eine weitere Benachteiligung liegt darin, dass die Behörden die Privatschulen nicht berücksichtigen, wenn es darum geht, gute Schulen auszuzeichnen. Derzeit ist die Stadt Shenzhen dabei, alle Grund- und Mittelschulen zu begutachten und die guten Schulen auszuzeichnen. In die Aktion sind aber nur die öffentlichen, nicht die Privatschulen einbezogen, obgleich es gerade unter Letzteren sehr gute Schulen gibt.

Das neue Gesetz zur Förderung der Privatschulen verfüge zwar die rechtliche Gleichstellung öffentlicher und privater Schulen, so heißt es, aber die praktische Umsetzung sei noch völlig unzureichend. Vor allem müsse Shenzhen etwas tun, um die Privatschulen finanziell zu unterstützen, denn schließlich entlasteten diese den öffentlichen Haushalt in nicht unerheblichem Maße. In Shenzhen stellten die Privatschulen nicht nur eine Ergänzung zum öffentlichen Schulwesen

dar, sondern seien eine unverzichtbare Stütze des gesamten Bildungswesens.

Die Umsetzung des Privatschulgesetzes und damit die Lösung der Probleme der Privatschulen sind eine Aufgabe, die nicht nur Shenzen betrifft, sondern alle Lokalregierungen, in deren Zuständigkeitsbereich es private Bildungsinstitutionen gibt. Die Probleme reichen von den Bodennutzungsrechten der Privatschulen über die Zuzugenehmigung für deren Lehrer bis hin zur Aufnahme von Schülern. Werden diese Probleme nicht dauerhaft gelöst, wird der Privatschulsektor nicht gedeihen können. Chinas Bildungswesen aber ist auf private Investitionen angewiesen. (Vgl. GMRB, 7.5.03, A2) -st-

20 Aufbau einer Lerngesellschaft mithilfe von Fernbildung

Für das auf dem XVI. Parteitag im November 2002 formulierte Ziel, dem chinesischen Volk bescheidenen Wohlstand zu beschern, spielt die Volksbildung in den Augen der Partei eine wichtige Rolle. Um sie zu fördern, soll China zu einer Lerngesellschaft werden, in der jedermann lebenslanges Lernen auf seine Fahnen schreibt. Vor diesem Hintergrund kommt der modernen Fernbildung große Bedeutung zu, denn sie gilt als besonders geeignet für den Aufbau einer Lerngesellschaft. Lebenslanges Lernen wird in engem Zusammenhang mit der Wissenswirtschaft gesehen, die China im 21. Jh. etablieren will. Dieses Ziel wäre angesichts der großen Ausdehnung des Landes, der großen Bevölkerung und der ungleichen Entwicklung von Wirtschaft und Bildungswesen mittelfristig mit der vorhandenen Bildungsinfrastruktur nicht zu erreichen. Deshalb setzt die Regierung auf Fernbildung, in die verstärkt investiert werden soll, um ein Fernbildungsnetz aufzubauen, das die Städte und Gemeinden im ganzen Land abdeckt und mehrstufige und vielseitige Bildungsangebote für jedermann bereithält.

Die moderne Fernbildung begann in China 1979 mit der Gründung der nationalen Rundfunk- und Fernsehuniversität, die in den 1990er Jahren einen rasanten Aufschwung erlebte. Mithilfe von Satellitenfernsehen er-

reicht das Fernbildungsnetz mittlerweile die Hochschulen und Berufsschulen, schrittweise sollen auch Mittel- und Grundschulen einbezogen werden. Bislang hat die Regierung 360 Mio. Yuan in die moderne Fernbildung investiert und sind 67 Hochschulen als Versuchspunkte an dem Projekt beteiligt. Diese 67 Hochschulen bieten ganz verschiedene Studiengänge an, darunter Weiterbildung für Forschungsstudenten sowie Aufbaustudien für Leute, die das erste Examen abgelegt haben, und für solche, die einen zweiten akademischen Grad erlangen wollen. Angeboten werden 57 Fächer aus zehn Fachbereichen. Im Mittelpunkt steht das selbstständige Lernen der Studenten. Die Zentrale Fernsehuniversität (*Zhongyang dianda*) zählt zu den zehn größten offenen Hochschulen der Welt. Sie ist Chinas älteste und größte Fernuniversität und stößt auf breite Akzeptanz.

Zurzeit werden die internationalen Erfahrungen mit moderner Fernbildung und die chinesische Praxis an Chinas Bildungsstruktur angepasst und die Bildungsressourcen neu organisiert, d.h. es werden reguläre und nicht reguläre Bildung, Allgemein- und Berufsbildung sowie Bildung mit und ohne formale Ausbildungsgänge miteinander in Einklang gebracht. Die verschiedenen Bildungsarten sollen durchlässiger, Wechsel erleichtert werden. Die Familien, die Gesellschaft und die Schulen sollen vernetzt werden und somit durch die Fernbildung die für die Lerngesellschaft erforderliche Bildungsinfrastruktur geschaffen werden.

Doch die organisatorischen Maßnahmen sind für die Bildungspolitikern nur eine Seite des Aufbaus einer Lerngesellschaft. Viel wichtiger, so heißt es, ist die feste Einpflanzung der Idee des lebenslangen Lernens in der Gesellschaft. Ziel des Lernens darf nicht nur sein, Wissen zu beherrschen, sondern die Art und Weise, wie gelernt wird; es darf nicht nur darum gehen, Wissen zu erwerben, sondern wichtiger ist es, die Fähigkeiten der Lernenden auszubilden; und Aufgabe der Bildung darf nicht nur die Bewahrung und Vermittlung vorhandenen Wissens sein, sondern entscheidend ist die Schaffung neuen Wissens, neuer Ideen und neuer Wertvorstellungen. Nur so können lebenslanges Lernen und Eigenverantwortlichkeit für das Lernen ins alle-

gemeine Bewusstsein aller Bürger dringen und gleiche Chancen und Bedingungen sowie ein offenes Bildungssystem geschaffen werden. Der Gedanke des lebenslangen Lernens bedeutet eine Abkehr von der traditionellen Bildungskonzeption. Eine solche Abkehr wird durch die moderne Fernbildung gefördert, denn diese unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von traditionellen Bildungsformen:

1. Nicht mehr der Lehrer und die Lehre stehen im Mittelpunkt, sondern der Lernende und das Lernen.
2. Es wird nicht mehr der Erwerb reinen Wissens angestrebt, sondern die Anhebung der gesamten Persönlichkeit und Fähigkeiten.
3. Vom mechanischen, passiven Lernen wird zum forschenden, effektiven und flexiblen Lernen mit Eigeninitiative übergegangen.
4. Die Lehre geschieht nicht mehr auf einer Ebene, sondern auf vielen Ebenen.
5. Der Unterricht erfolgt nicht mehr im Klassenverband, sondern es wird einzeln und selbstverantwortlich gelernt.

Alle diese Veränderungen sind Ausdruck der Idee des lebenslangen Lernens und der Lerngesellschaft.

Die moderne Fernbildung bedient sich der Mittel der modernen Informationstechnologie. Mit ihrer Hilfe können die knappen Bildungsressourcen überwunden und die individuelle Nachfrage der Lernenden befriedigt werden. Unabhängig von Zeit und Ort kann jeder die Kenntnisse erlangen, die er benötigt oder will. Die Kurse und Informationen, die Anleitung der Lernenden, Prüfungen und Begutachtungen, Kommentare und Antworten, der Austausch mit den Lehrern und die Kontrolle – alles erfolgt online. Diese Lernform kommt den Lernenden sehr entgegen, insbesondere wenn sie berufstätig sind, denn sie können sich ihre Zeit selbst einteilen. Sie durchbricht Zeit- und Raumgrenzen und erreicht jeden direkt und effektiv. Zudem ist sie im gegenwärtigen China mit seiner großen Bevölkerung und seiner ungleichen Entwicklung in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht der beste und sparsamste Weg zur Lerngesellschaft. (Vgl. GMRB, 7.5.03, C3) -st-

21 Spitzenuniversitäten: „Projekt 985“

Im Mai stellte die *Guangming-Zeitung* zwei Spitzenuniversitäten des Landes vor, die Universität Beijing und die Universität Zhejiang. Bei aller Verschiedenheit sind beide durch eine Gemeinsamkeit verbunden: das „Projekt 985“. Dieses Projekt wurde 1998 ins Leben gerufen. Im Mai jenes Jahres feierte die erste moderne Universität Chinas, die Universität Beijing, ihr hundertjähriges Bestehen. Aus diesem Anlass hielt Jiang Zemin bei dem Festakt eine Rede, in der folgender Satz fiel: „Um die Modernisierung durchzuführen, benötigt unser Land eine Reihe erstklassiger Universitäten mit fortgeschrittenem Weltniveau.“ Daraufhin beschlossen ZK und Staatsrat die Gründung des „Projekts 985“. Dieses hat zum Ziel, in den ersten Jahrzehnten des 21. Jh. schwerpunktmäßig eine Reihe erstklassiger Universitäten von fortgeschrittenem Weltniveau aufzubauen. Zur ersten Gruppe von Universitäten, die in das Projekt aufgenommen wurden, zählen neun Hochschuleinrichtungen: die Universität Beijing, die Qinghua-Universität (Beijing), die Universität Zhejiang, die Fudan-Universität (Shanghai), die Universität Nanjing, die Jiaotong-Universität Shanghai, die Jiaotong-Universität Xi'an, die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik (Hefei) und die Technische Universität Harbin. Alle diese Universitäten werden gemeinsam vom zentralen Bildungsministerium und der jeweiligen Provinzregierung finanziert. Entsprechende Abkommen hat das Bildungsministerium 1999 mit den betr. Provinzregierungen unterzeichnet. (Vgl. GMRB, 4. und 12.5.03)

Die Frage ist, wie sich das „Projekt 985“ vom „Projekt 211“ abgrenzt. Letzteres wurde 1992 mit dem Ziel initiiert, aus den vorhandenen gut eintausend Universitäten einhundert Universitäten und Schwerpunktfächer auszuwählen und besonders zu fördern, damit sie im 21. Jh. Weltniveau erreichen (vgl. dazu C.a., 1992/11, Ü 15 u. 1993/7, Ü 15). Die Aufbauphase vollzog sich während des 9. Fünfjahresplans (1996-2000), ab 2001 begann die Ausbauphase (vgl. C.a., 1995/11, Ü 18 u. 2002/9, Ü 16). Ziel des „Projekts 211“ ist es, Ausbildung und Forschung

an diesen Universitäten auf internationales Niveau anzuheben. Alle bisherigen Verlautbarungen zum „Projekt 211“ legen die Vermutung nahe, dass es hier in erster Linie um Ausbildung und Forschung in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern geht. Deshalb sind nicht immer ganze Universitäten, sondern auch einzelne Institute, Fächer oder Fachbereiche bestimmter Universitäten in das Projekt aufgenommen worden. Demgegenüber scheint es beim „Projekt 985“, in das ausschließlich ganze Universitäten aufgenommen werden, um die Gesamtleistung der jeweiligen Universität zu gehen. Entsprechend sind auch die Kriterien für die Auswahl viel breiter gefasst. So zählen beispielsweise nicht nur die Leistungen eines einzelnen Faches, sondern eine zum „Projekt 985“ gehörende Universität muss gleich in mehreren Fächern herausragend sein, und zwar ausdrücklich auch in geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern. Zudem muss sie exzellente Professoren und Wissenschaftler haben, möglichst einige Akademienmitglieder, auch hier keinesfalls nur in den Naturwissenschaften. Ferner muss eine solche Eliteuniversität wissenschaftliche Auszeichnungen vorweisen können ebenso wie Projekte, die über die staatlichen Wissenschaftspläne und Förderungsorganisationen unterstützt werden. Sie muss Vorreiter in Bezug auf die Umsetzung der Hochschulreformen sein, und zwar nicht nur in verwaltungstechnischer und finanzieller Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die Lehre, indem beispielsweise die engen Fachgrenzen durchbrochen werden und die Studenten die Möglichkeit haben, neben ihrem Hauptfach Wahlfächer zu studieren und so eine breite Bildung zu erlangen. Weitere Kriterien für die Auswahl sind die Gründung eigener Schulen (*xueyuan*) sowie nationale und internationale Hochschulkooperationen usw.

Wie es heißt, handelt es sich bei den neun in das „Projekt 985“ aufgenommenen Universitäten um die erste Gruppe. Insofern ist davon auszugehen, dass das Projekt für weitere Universitäten offen ist. Alle neun Universitäten sind zugleich Mitglied im „Projekt 211“. -st-

22 Internationale Ausschreibungen in Lehre und Forschung

Immer mehr Universitäten und Forschungsinstitute gehen dazu über, Führungspositionen international auszuschreiben. Noch vor einigen Jahren wäre dies undenkbar gewesen, tat man sich doch sogar bis in die neunziger Jahre hinein schwer, chinesische Auslandsstudenten und Gastwissenschaftler, die mehrere Jahre im Ausland verbracht hatten, in führende Stellungen zu bringen. Mittlerweile werden Auslandsstudenten umworben, weil ihre zumeist bessere Ausbildung und ihre internationalen Erfahrungen geschätzt werden. Die neue Denkweise hält nun auch an Hochschulen und Forschungsinstitutionen Einzug, indem sich diese der international üblichen Praxis bedienen, Stellen international auszuschreiben. Führend ist die Universität Nanjing, die Ende Mai gleich 149 Professoren- und Assistenzprofessorenstellen international ausschrieb. Alle Stellen sind zunächst auf drei Jahre befristet, aber Verlängerung ist in jedem Fall möglich. Fast alle Fachrichtungen sind in diese Neuerung einbezogen, von der klassischen chinesischen Literatur bis zum Finanzwesen. Die Universität hofft, mit der Maßnahme die Qualität ihrer Professoren zu verbessern; außerdem ist fortgeschrittenes internationales Bildungsmanagement gefragt.

In Harbin ist der Direktorenposten des Instituts für Ingenieurwissenschaften und Maschinenbau des Chinesischen Seismologischen Amtes weltweit ausgeschrieben worden. Die Stellenanzeige wurde in *China Daily*, *Science and Technology Daily* und im Internet veröffentlicht. Maschinenbau, der mit Seismologie zu tun hat, ist offenbar ein schwieriges Gebiet, auf dem es nur wenige Fachleute gibt. Deshalb möchte man das Reservoir an Fachleuten weltweit ausschöpfen und den Besten auswählen. Acht Bewerber wurden zu Vorstellungsgesprächen nach Harbin eingeladen. Zwei von ihnen, so heißt es, hätten signalisiert, dass sie ihre ausländische Staatsangehörigkeit aufgeben würden, wenn sie den Posten erhielten. Ein Amerikaner chinesischer Herkunft, der in den USA Präsident einer Firma ist, wird mit folgenden Worten zitiert: „Es ist ganz natür-

lich, dass ich nach meinem Studium in den USA nach China zurückkehre, um meinem Heimatland zu dienen.“

Das Beispiel zeigt, dass von den Bewerbern wohl in erster Linie Wissenschaftler chinesischer Herkunft ausgewählt werden. Ähnlich wird z.B. auch bei der Berufung von Wissenschaftlern zu Akademiemitgliedern verfahren. Zwar wird betont, dass man auch Ausländer aufnehme, aber bislang sind dies durchweg Chinesen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. (Vgl. XNA, 12., 29.5.03) -st-

23 Forderung nach Neuordnung der Berufsbildung

Zu Beginn des 21. Jh. steht die berufliche Bildung in China vor großen Herausforderungen (vgl. dazu C.a., 1999/4, Ü 13). Berufliche Bildung findet in China zum größten Teil auf der Sekundarstufe II in den Berufsmittelschulen (*zhiye zhongxue*) statt. Mit Beginn der Bildungsreformen nach 1978 wurde dieser Schultyp stark ausgebaut. Das Ziel war, auf der Sekundarstufe II die Schülerzahlen an beruflich-technischen Schulen zu steigern und an allgemein bildenden Schulen zu reduzieren, so dass ein Verhältnis von 50:50 entstand. Dieses Ziel wurde Ende 1992 erreicht (vgl. C.a., 1993/2, Ü 15), muss aber seit Ende der 90er Jahre in Frage gestellt werden. So wird im *Human Development Report* der Weltbank für das Jahr 2000 die Relation 50:50 in Bezug auf Chinas berufliche Schulen als zu hoch angesehen und empfohlen, die Schülerzahlen auf den allgemein bildenden Schulen zu erhöhen. Diese Empfehlung geht in China selbst mit dem Trend einher, der allgemein bildenden Sekundarstufe II den Vorzug vor den berufsbildenden Schulen zu geben. In den letzten Jahren haben sich die Zugangsraten zu den beruflich-technischen Schulen stetig verringert. Im Jahre 2000 standen gut 12 Mio. Schülern auf den allgemein bildenden Schulen der Mittelschuloberstufe lediglich 4,15 Mio. Berufsschüler der Sekundarstufe II gegenüber (vgl. *China Education Yearbook 2001*, Beijing 2001, S.87 u. 89). Diesem Trend steht jedoch der steigende Bedarf an beruflicher Bildung entgegen. Denn während früher hauptsächlich am Arbeitsplatz ausge-

bildet wurde, muss heutzutage jeder, der eine Stelle sucht, eine formale berufliche Ausbildung vorweisen.

Zudem geht es nicht mehr nur um die berufliche Bildung der Absolventen der Sekundarstufe I, für die die Berufsmittelschulen eigentlich bestimmt sind, sondern der Kreis derjenigen, die berufliche Bildung benötigen, ist heute weitaus größer als noch vor wenigen Jahren. So ist es notwendig, das große Heer der arbeitslosen und „freigestellten“ Arbeitnehmer, die zumeist nicht über formale Ausbildungsgänge verfügen, beruflich zu qualifizieren. Außerdem muss für Absolventen der allgemein bildenden Sekundarstufe II, die die Aufnahmeprüfung zur Hochschule nicht schaffen, die Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung bestehen. Dies bedeutet, dass berufliche Bildung heute stärker zu diversifizieren ist und für breitere Kreise verfügbar gemacht werden muss. Neben beruflicher Erstausbildung müssen in verstärktem Maße Umschulung und Weiterbildung angeboten werden, Aufgaben, für die die Berufsmittelschulen der Sekundarstufe II angesichts zurückgehender Schülerzahlen Kapazitäten hätten.

Deshalb wird von Expertenseite jetzt gefordert, die immer noch bestehenden Einschränkungen für die Aufnahme in eine Berufsschule der Sekundarstufe II aufzuheben. So sollten nicht mehr nur Absolventen der Sekundarstufe I zugelassen werden, sondern die Berufsmittelschulen sollten grundsätzlich allen offen stehen, die keine formale berufliche Bildung haben, eine Zusatzausbildung wünschen oder eine neue berufliche Qualifikation erwerben wollen. Auf diese Weise, so heißt es, würden sich die unflexiblen beruflichen Ausbildungsgänge in eine berufliche Bildung verwandeln, die auf berufliche Fähigkeiten und berufliche Qualifikation abzielt. Ein solcher Wandel würde dazu führen, dass viele Menschen eine berufliche Bildung entsprechend ihren Wünschen und dem Arbeitsmarktbedarf erhielten. Außerdem würden mehr qualifizierte Menschen in (Wieder-)Beschäftigung geführt, und die Probleme der Berufsbildung ließen sich zum großen Teil lösen. (Vgl. GMRB, 15.5.03, B3) -st-

24 Beschleunigt SARS die Gesundheitsreform?

Die SARS-Epidemie hat China zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt getroffen, zu einer Zeit nämlich, da das alte Gesundheitssystem zusammengebrochen und das neue erst unvollkommen entwickelt ist. Unter dem alten System, wie es bis zum Beginn der Reformperiode Ende der 1970er Jahre herrschte, war der größte Teil der Bevölkerung medizinisch grundversorgt. Für die städtischen Einwohner wurde die medizinische Versorgung von den Arbeitseinheiten bezahlt, auf dem Lande von den Kommunen. Mit der Entwicklung der Marktwirtschaft wurde das gesamte Gesundheitssystem kommerzialisiert. Die Kosten für Arzneimittel explodierten, desgleichen die Kosten für Krankenhausaufenthalte, denn die Krankenhäuser müssen sich selbst tragen, und Vorauszahlungen sind an der Tagesordnung. In den Städten teilen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Krankenkosten; Krankenversicherungen sind hier durchweg eingeführt. Auf dem Lande hingegen ist die Bevölkerung kaum abgesichert, da Krankenversicherungen auf genossenschaftlicher Basis erst im Entstehen und noch nicht flächendeckend eingeführt sind. Zudem sinkt der Anteil der Mittel für öffentliche Gesundheit im Staatshaushalt von Jahr zu Jahr. Der schlechte Zustand des öffentlichen Gesundheitssystems veranlasste den Vertreter der WHO in China zu der Bemerkung, dass es um das öffentliche Gesundheitswesen Chinas heute in vieler Hinsicht schlechter bestellt sei als vor zwanzig Jahren.

Das plötzliche Auftreten von SARS traf das chinesische Gesundheitswesen völlig unvorbereitet und hat daher zu den katastrophalen Folgen geführt, die erst im Laufe des Mai einigermaßen bewältigt wurden, wenn auch manchmal mit kampagnenartigen Methoden. Mittlerweile wird der Niedergang des öffentlichen Gesundheitssystems auch von chinesischer Seite öffentlich kritisiert. Die Kritik richtet sich in erster Linie gegen die sinkenden staatlichen Investitionen in die medizinische Infrastruktur, vor allem auf dem Lande. Auch die allgemein mangelhaften hygienischen Zustände sowie das Fehlen von Mechanismen, im Falle von

medizinischem Notstand angemessen zu reagieren, werden beklagt. Bereits vor einem Jahr wurde ein Nationales Krankheitspräventions- und Überwachungszentrum eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, unmittelbare Maßnahmen beim plötzlichen Ausbruch einer Epidemie zu ergreifen. Das Zentrum ist allerdings noch nicht funktionsfähig, da die entsprechenden Stellen auf den unteren Verwaltungsebenen weitgehend fehlen. Sie sollen nun bis Jahresende eingerichtet werden, und die Zentralregierung hat für diesen Zweck Mittel in Höhe von 3,5 Mrd. Yuan bereitgestellt.

Die meisten Ad-Hoc-Maßnahmen der Regierung sind wenig geeignet, das marode Gesundheitssystem grundlegend zu sanieren. Dennoch scheint SARS dazu geführt zu haben, dass die öffentliche Gesundheit für die neue Regierung nunmehr Priorität hat. Es ist zu erwarten, dass die Gesundheitsreform nun wirksam angegangen und vor allem die medizinische Versorgung auf dem Lande verbessert wird. Das Problem der Krankenkosten für die ländliche Bevölkerung und die Armen in den Städten bedarf dringend einer Lösung. Zwar werden zurzeit SARS-Patienten umsonst behandelt, aber diese Maßnahme löst nicht das eigentliche Problem. (Vgl. XNA, 3., 6.5.03; WSJ, 6., 19.5.03) -st-

Außenwirtschaft

25 Reaktion ausländischer Unternehmen auf SARS

Inwieweit die vielfach kritisierte Informationspolitik der chinesischen Regierung im Zusammenhang mit SARS zu einem Vertrauensverlust bei den ausländischen Investoren geführt hat, ist aus den offiziellen Statistiken über den Kapitalzufluss bisher noch nicht erkennbar. Für den Zeitraum Januar bis April 2003 berichtet das Ministry of Commerce (MoC), dass das frühere MOFTEC ersetzt, sogar über eine Zunahme von 50,1% der zugesagten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das ADI-Volumen betrug somit in den ersten vier

Monaten 30,528 Mrd. US\$. Auch die realisierten ADI stiegen um 51% und machten 17,823 Mrd. US\$ aus. In den ersten vier Monaten d.J. nahmen die genehmigten Investitionsprojekte um 34,2% zu und beliefen sich auf 12.198 Projekte. Im April stieg die Zahl der genehmigten Projekte um 28%, das Volumen der vertraglich genehmigten ADI um 27% und das der realisierten ADI um 37%. (XNA, 14.5.03)

Für den Monat Mai gab es dagegen Berichte, die auf eine Veränderung im Verhalten zumindest einiger ausländischer Unternehmen hinwiesen. So bezieht sich die *The Straits Times Interactive* vom 5. Mai 2003 auf eine Untersuchung von 32 ausländischen Unternehmen durch die japanische Zeitung *Nihon Keizai Shimbun*, die zum Teil ihre Investitionspläne in China überdenken wollten. Hierzu soll der taiwanische Computer-Hersteller Acer zählen, der die Auslagerung der Produktion von Notebooks nach Shanghai verschoben hat. (ST, 5.5.03) Auch Toshiba verschiebt den geplanten Kapazitätsausbau in ihrer Produktionsstätte in der Provinz Jiangsu, in der zweipolige Transistoren und Halbleiter-Bauteile hergestellt werden. Als Grund dafür wird angegeben, dass japanische Ingenieure derzeit nicht nach China reisen könnten. (NfA, 2.6.03)

Aus Sicht des US-Experten B. Gill vom Centre for Strategic and International Studies, einem amerikanischen *think tank*, hat das Verhalten der KP-Regierung den ausländischen Investoren die Unsicherheiten und Widersprüche deutlich gemacht, mit denen sie in China konfrontiert sind: „By taking so long to reveal the real dimensions of the Sars problem, the Communist Party authorities underscored their reputation as secretive and out of step with international practice.“ (ST, 5.5.03)

Aufgrund der Investitionsrisiken in China sollten sich die Auslandsunternehmen nach Einschätzung anderer Analysten wieder eine stärkere Risikostreuung durch Wahl unterschiedlicher Standorte in Erinnerung rufen. Alternative Investitionsziele zu China mit vergleichbarer preislicher Wettbewerbsfähigkeit und arbeitsintensiver Produktion seien beispielsweise Vietnam, Thailand und die Philippinen. Außerhalb Asiens kämen u.a. Mexi-

ko oder die osteuropäischen Länder als Standorte in Frage. (ST, 5.5.03) Dass ausländische Unternehmen ihre Produktion verlagern bzw. andere Beschaffungsmärkte auswählen könnten, dies befürchteten im Mai vor allem chinesische Unternehmen im Textil- und Bekleidungssektor. So gingen die Aufträge ausländischer Bekleidungsunternehmen in China zurück, die stattdessen in Indien, Pakistan und der Türkei einkauften. Nach Einschätzung von Yao Ting, Leiter der Hangzhou Textile Association, kann das Internet nur z.T. den direkten Kontakt mit dem ausländischen Auftraggeber ersetzen, da sich der Käufer mit eigenen Augen und Händen von der Qualität überzeugen muss. Auch Vertreter des Shandong Unternehmens Demian Group, dem größten Textilhersteller der Provinz, berichteten von Einbrüchen im Export. So seien die Lieferungen nach Südkorea fast völlig zum Erliegen gekommen. (FT, 10.5.03)

Andererseits hat China nicht nur niedrige Lohnkosten, sondern auch einen attraktiven Binnenmarkt. Dieser Grund war auch entscheidend in den Überlegungen der US-Unternehmen, die in einer kürzlich durchgeführten Gallup-Umfrage angaben, dass sie nur kurzfristig ihre China-Aktivitäten aufschieben würden. Von den befragten 313 US-Unternehmen gaben 57% an, dass Arbeitskosten-Vorteile von entscheidender Bedeutung in ihrer China-Strategie seien. (ST, 5.5.03)

Einige ausländische Unternehmen haben aufgrund des Auftretens von SARS-Infektionen ihrer Angestellten vorübergehend ihre Produktion eingestellt. Dies traf beispielsweise für Ricoh Electronic Technology zu, ein japanisches Unternehmen für Büroausrüstungen. Das Unternehmen, das 60 Angestellte in China beschäftigt, hatte seinen Betrieb vom 5.5. bis 11.5.03 geschlossen. Auch Matsushita, ein führender Hersteller von Haushaltselektronik, stellte den Betrieb in zwei Niederlassungen in Beijing ein, in denen mehrere Arbeiter mit SARS infiziert waren. (FT, 22.5.03)

Einer Untersuchung der Deutschen Bank zufolge bestätigten 88% der 29 befragten internationalen Unternehmen, dass die Verschiebung oder die Absage von Geschäftsreisen aufgrund von SARS Investitionsentscheidungen